

POSITIONSPAPIER DER FDP-FRAKTION: STARKE FAMILIEN FÜR EINE STARKE GESELLSCHAFT UND EIN STARKES LAND

Familien stehen bei der FDP-Fraktion im Fokus. Wir Freie Demokraten haben gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern Familien mit Kindern in den letzten Monaten massiv unterstützt, indem wir den Sofortzuschlag, den Kinderbonus, den Kinderzuschlag und die Kinderfreibeträge deutlich erhöht haben. Zudem haben wir die größte Kindergelderhöhung seit 1996 umgesetzt. Insgesamt bekämpfen wir Kinderarmut in unserem Land mit zusätzlich rund 7 Milliarden Euro jährlich.

Kinder sind dann arm, wenn ihre Familien arm sind. Es bleibt damit ein vorrangiges Ziel eines bürgerorientierten, modernen Sozialstaates, Eltern in die Lage zu versetzen, einer Beschäftigung nachzugehen, die sie und ihre Kinder unabhängig von Transferleistungen macht. Uns Freien Demokraten ist es ein Herzensanliegen, Menschen zu befähigen, ihren eigenen Weg zu gehen und ihre Vorstellung eines guten, erfüllten Lebens zu verwirklichen. Eine moderne, liberale Familienpolitik muss sich daher an diesem Ziel sowie den Bedürfnissen und Wünschen von Familien ausrichten, ohne die Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft zu überfordern.

Wir wissen, dass sich mehr und mehr Eltern Erwerbs- und Sorgearbeit gleichberechtigter aufteilen möchten. Mehr Vereinbarkeit und eine höhere Erwerbstätigkeit von Frauen sind ein zentraler Hebel, um Familien wirtschaftlich abzusichern, auch im Hinblick auf die Rente, und um dem Fachkräftemangel unserer Wirtschaft wirksam zu begegnen. Um insbesondere Frauen darin zu bestärken, ihre Erwerbswünsche in die Tat umzusetzen, wollen wir die Kombination aus Steuerklasse III und V im Einkommensteuerrecht in das Faktorverfahren der Steuerklasse IV überführen, und damit die besonders nachteilige Steuerklasse V streichen. Zudem gehen durch fehlende Betreuungsplätze und -zeiten dem Arbeitsmarkt Schätzungen zufolge rund 840.000 zusätzliche Arbeitskräfte jedes Jahr verloren, weil insbesondere Frauen mit kleinen Kindern weniger arbeiten oder zumindest zeitweise ganz aus dem Arbeitsmarkt aussteigen. Eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein Standortfaktor – und liegt im Interesse von Familien, Unternehmen sowie unserer gesamten Gesellschaft.

Qualitativ hochwertige Kindertagesbetreuung sicherstellen – Fachkräftemangel angehen

Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir ein qualitativ hochwertiges Betreuungsangebot, das Familien überzeugt und ihnen die Möglichkeit gibt, um nach ihren Wünschen berufstätig sein zu können. Der Bund hat das erkannt und unterstützt die für Bildung und Kindertagesbetreuung zuständigen Länder. Neben der jährlichen pauschalen Beteiligung des Bundes an den Betriebskosten von zusätzlichen Betreuungseinrichtungen für Unterdreijährige in Höhe von 845 Mio. Euro, hat die Ampel-Koalition 2022 das KiTa-Qualitätsgesetz verabschiedet, mit dem wir

den Ländern für zwei Jahre rund vier Milliarden Euro für Investitionen in die Betreuungsqualität bereitstellen. Denn es geht um beste Chancen für unsere Kinder – und eine gute Zukunft!

Von den Ländern erwarten wir im Gegenzug, das Geld zielgerichtet zu investieren. Aus unserer Sicht geht es vorrangig um folgende Maßnahmen:

- Bessere Rahmenbedingungen in der Kindertagesbetreuung, z.B. durch einen bedarfsgerechten Fachkraft-Kind-Schlüssel mit Ressourcen für mittelbare pädagogische Arbeit, flexiblere Öffnungszeiten sowie Bürokratieabbau bei gleichzeitiger Digitalisierung.
- Bundesweite Maßnahmen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels, z.B. durch den Ausbau der Ausbildungskapazitäten - insbesondere der praxisintegrierten, bezahlten Ausbildung -, durch einheitlichere Ausbildungsstrukturen sowie durch die Schaffung anschlussfähiger, beruflicher Optionen.
- Abschaffung der Schulgebühren für die Ausbildung zum/r Erzieher/in sowie die perspektivische Einführung einer Ausbildungsvergütung.
- Flächendeckendes Angebot von Fortbildungen und Weiterqualifizierungen für Assistenzberufe und andere verwandte Berufsgruppen in den Erzieherberuf mit dem Ziel der Gleichstellung/Anerkennung.
- Leichtere Anerkennung von ausländischen pädagogischen Ausbildungen und Abschlüssen sowie explizite Programme zur Fachkräftegewinnung aus dem Ausland, sofern entsprechende Deutschkenntnisse vorliegen oder berufsbegleitend erworben werden können.

Daneben sind wir überzeugt, dass der Bund, trotz der angespannten Haushaltslage, perspektivisch weitere Schritte unternehmen kann, um für eine bessere Vereinbarkeit zu sorgen. Sofern sich Spielräume im Haushalt ergeben, schlagen wir vor, die steuerliche Absetzbarkeit von Kindertagesbetreuungskosten zu verbessern, Investitionen von Unternehmen in Betriebskittas anzureizen und, wo möglich, Vorschriften zu vereinfachen.

Vereinbarkeit gemeinsam mit Unternehmen voranbringen

In den letzten Jahren ist für Angestellte viel in Sachen Vereinbarkeit erreicht worden. Diesen Gedanken wollen wir Freie Demokraten weiter stärken. Wir wollen das Arbeitszeitgesetz modernisieren und die europarechtlichen Spielräume nutzen. Erwerbstätige, die zeitlich flexibel arbeiten können, haben bessere Möglichkeiten, ihre Arbeit mit anderen Aufgaben, Interessen und Wünschen zu vereinbaren. Zugleich sind Beschäftigte, deren Unternehmen diese Flexibilität und Vertrauen im Alltag entgegenbringen, besonders motiviert und loyal.

Ferner bekennen wir uns zu der Forderung nach einer zweiwöchigen Partnerfreistellung nach der Geburt. Sie stärkt die gemeinsame Verantwortung beider Partner/innen für das gemeinsame Kind und trägt dem Regenerationsbedarf von Müttern nach der Geburt Rechnung.

Allerdings ist für uns in der aktuell angespannten wirtschafts- und finanzpolitischen Lage klar, dass die Partnerfreistellung nicht zu Mehrbelastungen für Unternehmen oder die sozialen Sicherungssysteme führen darf. Die zwei Wochen Partnerfreistellung müssen unabhängig von der Elternzeit genommen werden können. Alleinerziehende sollen das Recht erhalten, eine Vertrauensperson als Partner/in zu benennen. Ferner treten wir dafür ein, in familienpolitischen Leistungsgesetzen unnötige bürokratische Lasten und Vorschriften zu streichen, um ihre Anwendung für Bürger/innen wie Wirtschaft weiter zu erleichtern.

Aus unserer Sicht sind folgende Bürokratieentlastungen im Familienbereich zu prüfen:

- ob für den Antrag auf Elternzeit zukünftig die Textform ausreicht,
- ob der Teilzeitantrag beim Arbeitgeber sowie die Zustimmung oder Ablehnung dessen zukünftig in Textform erfolgen kann,
- ob ein einheitliches eAU-Verfahren für alle Versicherten, also auch Privatversicherte, eingeführt werden kann,
- ob eine automatische Weiterleitung der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung an Arbeitgeber/innen umsetzbar ist,
- ob künftig auch für privat krankenversicherte Eltern und Kinder freiwillig ein Baustein „Kinderkrankengeld“ hinzugebucht werden kann (ähnlich dem Anspruch auf Kinderkrankengeldtage in der gesetzlichen Krankenversicherung),
- ob Arbeitgeber/innen das Ende der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung automatisch mitgeteilt bekommen und dies digital ins Abrechnungssystem überführt werden kann und
- ob Arbeitgeber/innen bei bestehenden Anfragen an die Krankenkasse automatisierte Meldungen zu Sachverhaltsänderungen erhalten können.

Selbstständige stärken – Mutterschutz schaffen

Beim Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurden in der Vergangenheit leider immer wieder die Selbstständigen vergessen. Dabei sind viele der über 3,9 Mio. Selbstständigen in unserem Land Eltern. Sie und ihre Kinder sind keine Familien zweiter Klasse. Dennoch führen gerade für sie komplizierte Antragswege, Intransparenz und lange Bewilligungszeiten bei zentralen Familienleistungen wie dem Elterngeld zu Unsicherheiten und nicht vorhersehbaren finanziellen Konsequenzen. Dies hat zur Folge, dass Anträge auf Leistungen oft gar nicht erst gestellt werden. Für uns ist klar: Unternehmertum und Familie dürfen in Deutschland kein Widerspruch sein! Wir Freie Demokraten wollen daher den Elterngeldanspruch für Selbstständige modernisieren und einen Mutterschutz für Selbstständige schaffen. Hier besteht eine Regelungslücke, die gerade Frauen oft davon abhält, das Wagnis Selbstständigkeit in Angriff zu nehmen und ihre Geschäftsideen umzusetzen. Für uns Freie Demokraten ist klar, dass wir auf keine innovative Idee, kein Talent und keine Geschäftsführerin in spe verzichten können, wenn wir unsere Wirtschaft für die Zukunft gut aufstellen und unseren Wohlstand sichern wollen.

Konkret fordern wir:

1. Einen freiwilligen Mutterschutz für Selbstständige. Dazu gehören für uns:

- die Einführung eines freiwilligen Mutterschutzes für Selbstständige in Höhe von bis zu 100 % des Durchschnittsgehalts des letzten Jahres, der die GKV nicht zusätzlich belastet,
- Ausklammerungstatbestände für die Berechnung der Mutterschaftsleistungen im Falle eines Beschäftigungsverbots wegen der Schwangerschaft oder aufgrund schwangerschaftsbedingter Erkrankungen im Vorfeld der Geburt,
- eine bessere Aufklärung für selbstständige Frauen im Falle einer Geburt durch die gesetzlichen und privaten Krankenkassen bezüglich der abgesicherten Krankenkassenleistungen,
- die bestehenden Informationsangebote für Gründerinnen und Selbstständige zu stärken und zu bündeln, um noch gezielter über Ansprüche und Herausforderungen vor der Aufnahme der Selbstständigkeit zu informieren,
- eine bessere steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten.

2. Zudem wollen wir das Elterngeld für Selbstständige und Angestellte modernisieren, indem wir

- sicherstellen, dass nachträgliche Zahlungseingänge während des Elterngeldbezugs für bereits erbrachte Leistungen nicht mehr das Elterngeld mindern bzw. nicht mehr angerechnet werden (Rechnungsdatum statt Zahlungsdatum),
- es Selbständigen und abhängig Beschäftigten ermöglichen, als Alternative zur jetzigen Berechnungsgrundlage für das Elterngeld einen mehrjährigen Bemessungszeitraum zu wählen, um krisenbedingte Einkommenseinbrüche abzufedern,
- aufgrund von Krankheit oder Beschäftigungsverbot in der Schwangerschaft bedingte Mindereinnahmen in den letzten 12 Monaten vor der Geburt bei der Einkommensermittlung für Selbstständige und abhängig Beschäftigte ausklammern.